



Hendricks: Europa legt ambitionierten Beitrag für Klimakonferenz in Paris vor

Hendricks: Europa legt ambitionierten Beitrag für Klimakonferenz in Paris vor
Die EU-Umweltminister haben heute den geplanten Beitrag der EU und ihrer Mitgliedstaaten für das neue Klimaschutzabkommen von Paris beschlossen. Bis 2030 wollen die EU-Staaten ihre Treibhausgasemissionen um mindestens 40 Prozent gegenüber 1990 senken.
Bundesumweltministerin Barbara Hendricks: "Das ist ein kraftvolles Signal an die Staatengemeinschaft. Europa ist bereit, einen ambitionierten Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Wir gehen damit einen großen Schritt hin zu einem klimaneutralen Europa. Nachdem die EU als erster großer Emittent ihren Beitrag vorgelegt hat, erwarte ich, dass die anderen großen Volkswirtschaften jetzt nachziehen und ihre Klimaschutzbeiträge für Paris rechtzeitig vorlegen."
Mit der heute im Rat der EU-Umweltminister erreichten Einigung kann die EU ihren geplanten Beitrag (sog. Intended Nationally Determined Contribution - INDC) für ein neues globales Klimaschutzabkommen rechtzeitig einreichen. Die Klimakonferenz in Lima Ende 2014 hatte bestätigt, dass dies wenn möglich noch im ersten Quartal 2015 geschehen soll. Ein neues weltweites Abkommen soll dann Ende 2015 in Paris beschlossen werden und die Ziele der Vertragsstaaten verbindlich im neuen Abkommen festgeschrieben werden.
Hendricks: "Die EU hat heute Standards gesetzt: Wir haben ein ambitioniertes Klimaziel, das alle Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft umfasst und transparent dargestellt wird. Das erwarten wir auch von anderen. Es ist wichtig, dass wir in der zweiten Jahreshälfte eine Diskussion über die dann vorliegenden INDCs führen. Die Frage wird sein: Reichen sie insgesamt aus, um den gefährlichen Klimawandel einzudämmen? Und wenn nicht: Wie können wir für umfangreichere Beiträge zum Schutz des globalen Klimas sorgen?"
Falls erforderlich müsse die EU auch bereit sein, mehr zu tun. "Mir ist bei unserem 40-Prozent-Ziel das Wort "mindestens" besonders wichtig. Das heißt, wir können es noch steigern auf 40 Prozent plus X. Die 40 Prozent müssen wir bei uns innerhalb der EU erreichen. Aber für das X könnten wir auch Zertifikate aus Klimaschutzprojekten in Entwicklungsländern einbeziehen", sagte Hendricks.
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)
Stresemannstraße 128 - 130
10117 Berlin
Telefon: 030 18 305-0
Telefax: 030 18 305-2044
Mail: presse@bmub.bund.de

Pressekontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

10117 Berlin

presse@bmub.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

10117 Berlin

presse@bmub.bund.de

Zum Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums gehören drei Bundesämter mit zusammen mehr als 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: das Umweltbundesamt, das Bundesamt für Naturschutz sowie das Bundesamt für Strahlenschutz. Darüber hinaus wird das Ministerium in Form von Gutachten und Stellungnahmen von mehreren unabhängigen Sachverständigengremien beraten. Die wichtigsten Beratungsgremien sind der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen und der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen.